

Eigentümerstruktur unklar ist. (Zu RosUkrEnergio siehe das Portrait auf Seite 10–11)

Das ukrainische Parlament nahm die Einigung zum Anlass der Regierung das Misstrauen auszusprechen. Gleichzeitig kam es zu weiteren Spannungen in den ukrainisch-russischen Beziehungen. (Siehe dazu den Überblick auf Seite 17–18). Die Einigung vom 4. Januar entspricht damit eher einem Waffenstillstand. Ein langfristig tragfähiger Kompromiss muss erst noch gefunden werden.

Resümee

An der grundsätzlichen Pattsituation zwischen Gazprom und der Ukraine wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Derzeit gehen immer noch 80% der russischen Erdgasexporte in Nicht-GUS Länder durch die Ukraine. Selbst wenn die Ostsee-Erdgas-pipeline wie geplant 2010 in Betrieb sein wird, werden bei unverändertem Lieferumfang noch zwei Drittel

der russischen Exporte durch die Ukraine gehen. (Siehe Grafik 3 auf Seite 8) Wenn das Transitgeschäft der Ukraine also durch alternative Pipelines durchaus geschmälert werden kann, so wird die Ukraine doch auf absehbare Zeit das zentrale Transitland für russische Gasexporte nach Europa bleiben. Um seine Lieferverpflichtungen zu erfüllen, wird Gazprom also weiterhin auf ukrainische Transitpipelines angewiesen sein.

Die Frage ist deshalb für die nächsten Jahre und wahrscheinlich auch darüber hinaus vor allem, ob der Gastransit durch die Ukraine wie in der Vergangenheit in Form eines "kalten Energiekrieges" erfolgt oder ob – etwa über eine Beteiligung von Gazprom an der ukrainischen Gasindustrie – kooperativere Wege der Zusammenarbeit gefunden werden. Die erneute Eskalation der letzten Monate hat eine konstruktive Kooperation wieder in weitere Ferne gerückt.

Redaktion: Andreas Heinrich

Über den Autoren

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen. Er arbeitet seit 1997 zum ukrainischen Energiesektor, wobei u.a. folgende Publikationen entstanden sind: Heiko Pleines: The political economy of coal industry restructuring in Ukraine, KICES Working Papers No.1 (2004); Heiko Pleines: Verschleppte Wirtschaftsreformen und ihre Folgen. Fallbeispiel Energiesektor, in: Gerhard Simon (Hg.): Die neue Ukraine, Köln (Böhlau) 2002, S.225–243; Heiko Pleines: Energy in Ukraine, London (Financial Times Energy Publishing) 1998.

Analyse

Die wirtschaftliche Seite des Gaskonflikts*

Von Roland Götz, SWP, Berlin

Zusammenfassung

Der Streit mit Russland über den künftigen Gaspreis für die Ukraine, der am Jahresende 2005 eskalierte, wurde Anfang 2006 mit einem Kompromiss vorläufig beigelegt. Während die russische Gazprom von der getroffenen Vereinbarung finanziell profitiert, wurde Russlands Ansehen als verlässlicher Energielieferant beschädigt. Der Vorgang wirft weitergehende Fragen auf: Welche Strategie verfolgt Gazprom im post-sowjetischen Raum? Und kann Russland auf europäische Abnehmer Druck ausüben?

Die wirtschaftlichen Folgen der Einigung vom Januar 2006

Obwohl Russlands Gazprom der Ukraine am ersten Januar 2006 den Gashahn zugekehrt hatte, konnte diese die zunächst verlangte Verfünffachung des Verrechnungspreises für russische Gaslieferungen abwehren, auch weil sich ukrainische Gasentnahmen bis in westeuropäische Gasnetze ausgewirkt hatten. Die Ukraine muss gemäß Vereinbarung vom 4. Januar 2006 nach wie vor weniger für Erdgas bezahlen als alle anderen GUS-Staaten – nur Belarus steht sich

besser, musste Gazprom allerdings seine Fernpipelines übereignen. (siehe dazu Tabelle 1 auf Seite 6)

Von der bis 2010 geltenden Vereinbarung profitieren vor allem die russische Gazprom und der Gaszwischenhändler RosUkrEnergio. Gazprom hatte bislang an die Ukraine Gas in natura als Gegenleistung für die Durchleitung seiner Gasexporte geliefert, das 2005 auf dem europäischen Gasmarkt rund 4 Mrd. US-Dollar erbracht hätte. Nun wird Gazprom 2006 und in den Folgejahren nur noch rund 2 Mrd. US-Dollar Transitgebühren zu bezahlen

* Eine frühere Fassung ist erschienen als SWP-Aktuell 2006/03.

haben. Jegliche Subventionierung der Ukraine durch Gazprom entfällt nunmehr.

Die Gasrechnung der Ukraine steigt von 1,2 Mrd. US-Dollar im Jahr 2005 auf fast 5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2006 an, weil sie nun an RosUkrEnergo für zentralasiatisches und russisches Gas den Einheitspreis von 95 US-Dollar pro 1000 m³ bezahlen muss. Unter Berücksichtigung der von Gazprom an die Ukraine zu entrichtenden Transitgebühr beläuft sich die jährliche Nettobelastung der Ukraine künftig auf rund 3 Mrd. US-Dollar.

Diese um rund 2 Mrd. US-Dollar gestiegenen Importkosten (bei einem Bruttoinlandsprodukt von rund 60 Mrd. US-Dollar) werden der Ukraine erhebliche wirtschaftliche Probleme bereiten. Ihr verbliebe allerdings der Ausweg, ihre Exportpipelines an Gazprom zu übertragen und die dafür eingenommenen Mittel zur Subventionierung der Gaspreise im Inland bzw. für die Modernisierung veralteter Kraftwerke zu nutzen. Diesen Weg will man in der Ukraine – zumindest bis auf weiteres – jedoch nicht gehen.

Gazproms Strategie im GUS-Raum und deren Folgen

Die ökonomisch-politischen Grundprobleme des postsowjetischen Gas- und Energiemarkts traten in dem Konflikt mit der Ukraine einmal mehr deutlich zutage:

1. Gazprom belieferte die GUS-Staaten bislang zu unterschiedlichen Sonderkonditionen, will sich nun aber von der aus Sowjetzeiten überkommenen Subventionierung der GUS-Nachbarn verabschieden. Dies wird deren veraltete und energieintensive Schwerindustrien weithin in den Ruin treiben. (siehe dazu Tabelle 4 auf Seite 10) Russlands industrielle Gaskonsumenten bleiben dagegen durch staatlich festgesetzte Niedrigpreise geschützt. Zwar kann die Verteuerung des Erdgases in den betroffenen GUS-Staaten auch eine Erhöhung der Energieeffizienz und damit eine Modernisierung der Produktion sowie der kommunalen Versorger stimulieren, beides aber wird Jahre dauern und erhebliche Investitionen erfordern. Eher ist zu erwarten, dass die billigere, aber ökologisch bedenkliche Kohle- und Schwerölverbrennung wieder an Bedeutung gewinnt bzw. die Kernkraft ausgebaut wird.

2. Da Gazprom nicht nur den russischen Gasmarkt kontrolliert, sondern auch ein Monopol auf die durch Russland führenden Gaspipelines aus Zentralasien besitzt, kann es die unabhängigen russischen Gasproduzenten wie auch die zentralasiatischen Anbieter (Aserbaidshan, Kasachstan, Usbeki-

stan, Turkmenistan) vom direkten Exportgeschäft fernhalten. Wettbewerb auf dem GUS-Gasmarkt wird auf diese Weise weitgehend verhindert.

3. Der russische Staat nutzt Gazprom als Instrument seiner Industrie- und Sozialpolitik, indem er den Gaspreis auf dem Binnenmarkt reguliert. Das niedrige Preisniveau von Erdgas bewirkt in Russland dessen breiten Einsatz als industrieller Brennstoff und in der Elektrizitätserzeugung. Obwohl ökologisch vorteilhaft, hat dies wegen des fehlenden Modernisierungsdrucks auch Verschwendung zur Folge. Gazprom muss zwei Drittel seiner Gasförderung (rund 300 Mrd. m³) mit Verlust auf dem Inlandsmarkt absetzen, was seine Investitionskraft beschränkt. Die erforderliche Erschließung der gewaltigen Gasvorkommen im Norden Russlands, auf die Europa setzt, wird infolgedessen verzögert.

Diversifizierung als Instrument der Energiesicherheit

Das der jüngste Streit mit der Ukraine um den Gaspreis – vorerst – ein rasches Ende fand, mag damit zusammenhängen, dass die russische Staatsführung an dessen raschen Ende interessiert war. Russland möchte sich schließlich 2006 im Rahmen der G-8-Präsidentschaft als respektable Energiemacht mit Weltbedeutung präsentieren. Während der Kreml mit der Gasaffäre sein Image beschädigt hat, gab Gazprom bei nüchterner Betrachtung keinen Anlass zu Zweifeln an seiner Verlässlichkeit als Lieferant. Gerade der Umstand, dass man genötigt war, die Einstellung der Gaslieferungen an die Ukraine schleunigst wieder rückgängig zu machen, macht deutlich, dass das Drehen am Gashahn für Russland keine wirkliche Handlungsoption darstellt. Die russische Seite kann weder die Transitländer noch die europäischen Endkunden ernstlich erpressen, weil sie auf beide elementar angewiesen ist.

Nur scheinbar eröffnen »exklusive« Pipelines, wie die durch das Schwarze Meer an die türkische Nordküste verlegte „Blue Stream“ oder die geplante Ostseepipeline vermehrte Handlungsmöglichkeiten, indem sie Transitländer aussparen. (Einen Überblick über russische Erdgasexportpipelines gibt Tabelle 2 auf Seite 8.) Die geringere Abhängigkeit von Transitstaaten wird nämlich nur gegen eine noch gesteigerte wechselseitige Abhängigkeit von Lieferanten und Abnehmern eingetauscht.

Ein hohes Maß numerischer Abhängigkeit von russischem Erdgas weisen vor allem die GUS-Staaten sowie die osteuropäischen EU-Staaten auf (siehe Tabelle 3 auf Seite 9). Demgegenüber ist die Abhängigkeit der westeuropäischen Länder vergleichsweise

se gering. Dennoch sind die Europäer gut beraten, auf eine weitere räumliche Diversifizierung ihrer Energieversorgung zu setzen.

Diesem Zweck werden eine Reihe von neuen Pipelines aus Nordafrika sowie die von der türkischen Ostgrenze nach Südeuropa verlaufende »Nabucco«-Pipeline ebenso dienen wie die Flüssiggastechnologie. Sie wird die Gasversorgung geradezu revolutionieren und den Gasmarkt – wie schon den Erdölmarkt – zu einem Weltmarkt werden lassen. Im Zuge dieser Entwicklungen werden europäischen Gasimporten aus Russland zwar absolut weiter zunehmen, aber relativ zurückgehen, während die Anteile von Erdgas aus Afrika, dem Nahen Osten und dem Kaspischen Raum deutlich ansteigen werden.

Fazit: Perspektiven des östlichen Energiemarkts

Die Strategie von Gazprom läuft darauf hinaus, Wettbewerb auf dem postsowjetischen Gasmarkt zu begrenzen und auf den Auslandsmärkten

als alleiniger Anbieter von russischem Erdgas aufzutreten. Diesem Ziel dient auch der Versuch, die Exportpipelines wieder zurück zu gewinnen, die nach dem Ende der Sowjetunion in das Eigentum der Nachfolgestaaten der UdSSR gefallen waren. Diese – aus Unternehmenssicht durchaus rationale – Strategie findet die Unterstützung des Kreml, der Gazprom als Instrument seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch als Eckpfeiler seiner Industriepolitik im Energiesektor versteht und überdies an die Schaffung einer »Gas-OPEC« denkt, die unter Führung Russlands den Gasmarkt Europas beherrscht. Ob diese Strategie allerdings im recht verstandenen Interesse Russlands ist, muss bezweifelt werden. Denn hier entsteht ein intransparenter, dem Wettbewerb nur auf Auslandsmärkten ausgesetzter Großkonzern, der aufgrund seiner halb privaten, halb staatlichen Natur weder seinen Aktionären noch staatlichen Kontrollgremien wirklich verpflichtet ist.

Redaktion: Heiko Pleines

Über den Autoren:

Dr. Roland Götz ist Leiter der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Davor war er wissenschaftlicher Referent am ehemaligen Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Lesetipp

Roland Götz: Russlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas, Studie S6_2004, SWP, März 2004, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=782

Tabellen und Grafiken zum Text

Gazprom, die Ukraine und die europäische Erdgasversorgung

Grafik 1: Importpreise für russisches Erdgas 2006

